

# Pulsnitzer Wochenblatt

Bezirksanzeiger

und Zeitung Postfach-Konto Dresden 2138. Gem.-Ciro-N. 146



**Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger liegen der Betrieb des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalt hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung, oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Einzeljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.40, durch die Post M 8.—

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die je einmal gelieferte Zeilzeile (Masse's Zeilenmaß 14) 100 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 90 Pfg. Im Amtsgerichtsbezirk 80 Pfg. Amtliche Zeile M 3.—, 2.70 und 2.40. Restame M 2.30. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraumbänder und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einstellung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der voll. Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großschörsdorf, Breinig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Eichenborn, Mittelbach, Großsundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 284.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inb. F. W. Mohr).

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 96.

Donnerstag, den 11. August 1921.

73. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Brot-Preise.

Infolge der Erhöhung der Getreidepreise, sowie einiger anderer die Brotwirtschaft beeinflussenden Preissteigerungen müssen die Preise für das am 1. August abzugebende Brot, Mehl und Backwaren vom 14. August d. J. an wie folgt festgesetzt werden:

1 Pfund Brot	= 1,60 M
3 Pfund Brot	= 4,85 M
1900 Gramm Brot	= 6,20 M
1 Pfund Roggenmehl im Kleinhandel	2,— M
1 Pfund Weizenmehl	2,15 M
1 Semmel im Gewicht von 80 Gramm	0,35 M

Diese Preise gelten für alle auf die neuen Brotmarken N 1 und folgende abgegebenen Backwaren.

Zumiderhandlungen gegen vorstehende Preisfestsetzungen werden nach den gesetzlichen Bestimmungen bestraft.

Ramenz, den 10. August 1921.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

### Bekanntmachung.

Die Einlagebücher

Nr. 18 329,  
Nr. 33 267,

hieriger Sparkasse werden, da sich die unbekannteten Inhaber derselben, der unterm 15. April 1921 ergangenen Aufforderung ungeachtet, innerhalb der dreimonatlichen Frist nicht gemeldet haben, hiermit für

ungültig

erklärt.

Pulsnitz, den 10. August 1921.

Der Vorsitzende des Sparkassenausschusses.

### Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Wochenblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

### Das Wichtigste.

Der diesjährige Parteitag der Deutschen Volkspartei findet, nachdem der ursprünglich festgesetzte Termin wegen der Berliner Stadtverordnetenwahlen fallen gelassen werden mußte, nunmehr vom 22 bis 25. Oktober in Stuttgart statt. Die „Abschöpfung“ der Titel durch die Republik macht immer weiter Fortschritte. Nachdem fast alle anderen Beamten schon höhere Titel erhalten haben, kommen nach einer Verfügung des Reichspostministers auch die früheren Postboten (besser noch als Briefträger bekannt) an die Reihe. Sie werden sämtlich zu „Hilfsspostschaffnern“ befördert. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge findet der 3. ordentliche Parteitag der deutschen demokratischen Partei vom 8. bis 10. Oktober in Köln statt. Der Parteitag der Deutschen Nationalen wird vom 1. bis 3. September in München abgehalten werden. In Stettin weigern sich die Bäcker, den von der städtischen Ernährungsdeputation festgesetzten Preis für das Markenbrot zu 1300 Gramm anzuerkennen. Sie beschließen, von Freitag an kein Markenbrot mehr zu backen.

### Die Besserung der Geschäftslage.

Welche verheerenden Wirkungen die Gewaltmaßnahmen des Feindbundes auf das deutsche Wirtschaftsleben ausübten, das dürfte wohl allmählich auch auf Entente-Seite erkannt werden. Namentlich die Störung im Export, die teilweise Unterbindung des Wirtschaftsverkehrs und die damit in Verbindung stehende Schädigung der Industrien im besetzten Gebiet, sowie im übrigen Deutschland, das hat alles reichlich dazu beigetragen, daß viele kleine Anstöße der wirtschaftlichen Wiedergeburt wieder vernichtet werden. Das hat auch in der Weltwirtschaft recht üble Folgen gezeitigt, und die der Öffentlichkeit von Zeit zu Zeit zur Kenntnis gebrachten Statistiken aus den verschiedenen Staaten zeigen zur Genüge, wie sehr gerade die Siegernationen England und Frankreich, ja selbst der große Kriegsgewinnler Amerika unter den „Sanktionen“ und übrigen Schikanen der heutigen Weltmächte gegenüber Deutschland zu leiden haben. Dagegen zeigt die geringste Verhöhnung, die in der Politik der Gewalt und Brutalität eintritt, man denke an das bisher wohl nur vorübergehende Abflauen der Aufstandsbewegung in Oberschlesien, wie sich sofort wieder Leben und frische Kräfte in den kranken Gliedern des deutschen Volkswirtschaftskörpers zu regen beginnen. Die meisten kurzfristigen Wiederbelebungen haben jedoch nur die Wirkung von kleinen Regenschauern in der Wüste. Wer sich durch solche augenblickliche Besserungen zu übermäßigem Optimismus hinreißen läßt, muß einen kleinen Gewinn oft übermäßig teuer bezahlen. Aber es tauchen oft Perioden auf, in denen selbst der wohlunterrichtete Volkswirtschaftler stutzig wird und sich fragt, wie es denn möglich sei, daß plötzlich eine Besserung auftritt, wo jedermann schlimme und schlimmste Wirkungen erwartet hätte. Eine solche „Laune der Wirtschaftsentwicklung“ stellt auch die allgemeine Besserung der Geschäftslage dar, wie sie schon seit einigen Wochen beobachtet werden kann. Mit Ausnahme der Textilindustrie, die unter der noch immer ungünstigen Preislage zu leiden hat, sowie dem Auslandsverkehr in der Farbstoffproduktion, das durch die Weltmarktlage nach wie vor stark beeinträchtigt wird, macht sich fast überall eine Belebung bemerkbar, die, so eigenartig es auf den ersten Blick auch scheinen mag, eine indirekte Folge der Erfüllung der Wiederherstellungsforderungen ist. Besonders stark ist dies in der Textil- und Lederindustrie bemerkbar, wo die Nachfrage in heftigster Weise zunahm und an vielen Stellen bereits vor dem Zusammenbruch stehenden Unternehmungen im letzten Augenblick wieder auf die Beine half. Wie ist das zu erklären? Wir stehen in Erwartung neuer drückender Steuern, die unheimliche Senkung des Marktkurses muß unbedingt eine neue erhebliche Teuerung auf allen Gebieten herbeiführen, und zweifellos werden sich damit auch die Arbeitslöhne wieder aufwärts bewegen, was ja nach den bisherigen jurchbaren Lehren doch nur wieder preis-

steigernd auf Produktionskosten und Produkte wirken muß. So sieht man denn allenthalben der Zukunft mit großem Pessimismus entgegen, und gerade er ist es, der die große Nachfrage bewirkt, die überall aus Angst vor Preiserhöhungen möglichst viel Rohstoffe und Fertigfabrikate unter günstigen Bedingungen in Wirklichkeit gar keine Besserung ist, sondern nur ein Uebergangsstadium darstellt, dem ein nur desto schlimmerer Rückschlag folgen muß, dürfte wohl so ziemlich klar sein. Wie dem auch aber sei, man sieht, daß die Schwankungen auf dem Markte gerade heute weniger denn je zu vorläufigen Schlüssen auf das Große Ganze des Wirtschaftskörpers berechtigen. Die nächsten Konferenzbeschlüsse des Feindbundes versprechen nicht allzuviel, da wir ja daran gewöhnt sind, daß Ententeberatungen als Hauptziel nur die Vertragung auf die nächste Zusammenkunft bezwecken. Vorsicht im weitesten Sinne muß also nach wie vor das Leitmotiv für alles ökonomische Denken und Handeln sein. Die jetzige, fast übermäßige Belebung im Groß- und Einzelhandel mag zwar als Erholung und Stärkung für viele begrüßt, darf aber keineswegs als Zeichen endgültigen Wiederaufstrebens betrachtet werden.

### Vertische und sächsische Angelegenheiten.

— (Wetterbericht vom 9. August.) Das Barometer war nach dem Abzuge des tieferen Minimums über Nordeuropa und mit der Wiederausbreitung des südwestlichen Hochs gestiegen und es hat auch die Bewölkung mit etwas kühlerer Nachttemperatur meist abgenommen. Seit frühmorgens nimmt der Luftdruck jedoch wieder ab, weil sich entweder eine neue Störung nähert oder auf der Rückseite des abziehenden Minimums sich ein Teiltief entwickelt. In beiden Fällen dürfte ein nennenswerter Einfluß auf unsere Witterung nicht mehr zu erwarten sein.

— (Der Kommunalverband Ramenz) weist darauf hin, daß jedem Landwirt, der seine Getreide-Lieferpflicht erfüllt hat, darüber auf seinen Antrag von der Getreidestelle der Amtshauptmannschaft eine Bescheinigung erteilt wird. Landwirte, die sich im Besitze einer solchen Bescheinigung befinden, haben behördliche Eingriffe bei der freien Verfügung über den Rest ihres Getreides — vorbehaltlich der Fortdauer des durch § 43 des Getreideumlagegesetzes aufrechterhaltenen Verfütterungsverbot für Brotgetreide und Brotgetreidemehl — nicht zu befürchten.

— (Die Eierpreise) halten sich, wie wir im „Döbelner Anzeiger“ lesen, fortgesetzt unter dem Druck gewissenloser Händler aus den Großstädten auf 1,30 M das Stück, obwohl nach Begutachtung landwirtschaftlicher Sachverständiger der Erzeugerpreis 1 Mark und der Kleinhandelspreis 1,25 Mark nicht übersteigen dürfte. In Vorriedenszeiten kostete ein Ei 6 bis 8 Pfg., jetzt mehr als das Zwanzigfache. Dabei haben sich die Hühnerbestände seit der Freigabe der Eierbewirtschaftung fast verdoppelt. Die Behörden suchen dem Preistreiben der Aufkäufer entgegenzutreten, finden aber dabei nicht die Unterstützung des Publikums. — Im bayerischen Wald ist der Eierpreis von verschiedenen Bezirksamtern auf 70 Pfg. festgesetzt worden. Gegen überbietende Händler und Aufkäufer wird rücksichtslos vorgegangen.

— (Eine Gefahr für Sachsens Sicherheit.) Der bisherige Leiter der Dresdner Abteilung der Landespolizei, Major von Zanthier, ist vor wenigen Tagen zum Leiter der Landesaufnahme ins Reichsministerium des Innern berufen worden. Um die Nachfolge hat sich, wie der sächsische Zeitungsdienst meldet, Major Maller-Brandenburg beworben, der früher Leiter der hähringischen Sicherheitspolizei war, von welchem Posten er befreit werden mußte, weil er die Polizei systematisch linksradikal politisierte und sich der Ausscheidung kommunistischer Elemente aus der Polizei widersetzte. Die Umstände, die zur Berufung des Majors von Zanthier nach Berlin und zur Bewerbung des Majors Maller-Brandenburg um die Nachfolge geführt haben, deuten mit aller Bestimmtheit darauf hin, daß der Wechsel auf den unabhängigen Minister Lipinski zurückzuführen ist, der mit Hilfe von Maller-Brandenburg auch die sächsische Polizei in unabhängigem Sinne politisieren will.

— (Fahrpreiserhöhung.) Mit Gültigkeit vom 1. September 1921 an werden vorübergehend die Fahrpreise für Monatskarten, Wochenkarten 4. Klasse und Schülermonatskarten ermäßigt. Nähere Auskunft erteilen die Fahrplanausgaben.

— (Der Brotpreis in Sachsen.) Wie aus Dresden gemeldet wird, wird in Sachsen kein einheitlicher Brotpreis festgesetzt werden, vielmehr bestimmen die einzelnen Kommunalverbände in den nächsten Tagen den Preis für ihre Bezirke gesondert. In Dresden wird dies am Donnerstag geschehen. Dort wird sich der Preis für ein 1900 Gramm-Brot auf etwa 6,65 bis 6,80 M. stellen für das rationierte Brot, während für markenfrees Brot keine behördliche Bindung erfolgen soll.

— (Zur Tariffrage in der sächsischen Textilindustrie.) Durch die sächsische Presse lief vor kurzem die Meldung, daß sämtliche Tarifverträge in der Textilindustrie gekündigt worden seien. Diese Meldung ist, wie wir an zuständiger Stelle hören, nur zum Teil richtig. In der sächsischen Textilindustrie sind im ganzen 139 Tarifverträge abgeschlossen worden. Davon sind aber nur 69 Tarife, also die Hälfte, gekündigt worden. Alle anderen Tarife, wie Werkmeister- und Angestelltenverträge usw. sind ausnahmslos bestehen geblieben.

— (Sprechzeiten im Justizministerium beachten!) In der „Staatszeitung“ und im „Justizministerialblatt“ war darauf hingewiesen worden, daß im Justizministerium für alle Abteilungen, soweit es nicht um unaufschiebbare Sachen handelt, eine Sprechstunde eingerichtet worden ist, die in jeder Woche nur Montags, Mittwochs und Freitags von 1/11 bis 1 Uhr stattfindet. Trotzdem sprechen im Justizministerium auch an Tagen, an denen eine Sprechzeit nicht stattfindet, Personen in Angelegenheiten vor, die keine Eilfälle sind. Das